



Regierungsratsbeschluss vom 18. August 2026

Ratschlag zum Beitritt des Kantons Basel-Stadt zur Vereinbarung zwischen dem Bund und den Kantonen über die Körperschaft justitia.swiss

P261116

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Schreibensentwurf an den Grossen Rat.

Begründung

Bund und Kantone digitalisieren die Justiz. Künftig soll der Schriftverkehr zwischen Gerichten, Staatsanwaltschaften, Anwaltschaft und weiteren Verfahrensbeteiligten elektronisch über die gemeinsame Plattform justitia.swiss abgewickelt werden. Betrieben wird diese von einer öffentlich-rechtlichen Körperschaft, der die Kantone beitreten können, aber nicht müssen. Der Regierungsrat beantragt dem Grossen Rat, dem Beitritt des Kantons zur Vereinbarung über die Körperschaft justitia.swiss zuzustimmen. Der Beitritt sichert dem Kanton ein Mitspracherecht bei Betrieb, Weiterentwicklung und Finanzierung der Plattform, gewährleistet die Anschlussfähigkeit an die schweizweite Justizinfrastruktur und fügt sich in die laufenden Digitalisierungsvorhaben der Basler Justiz ein.

